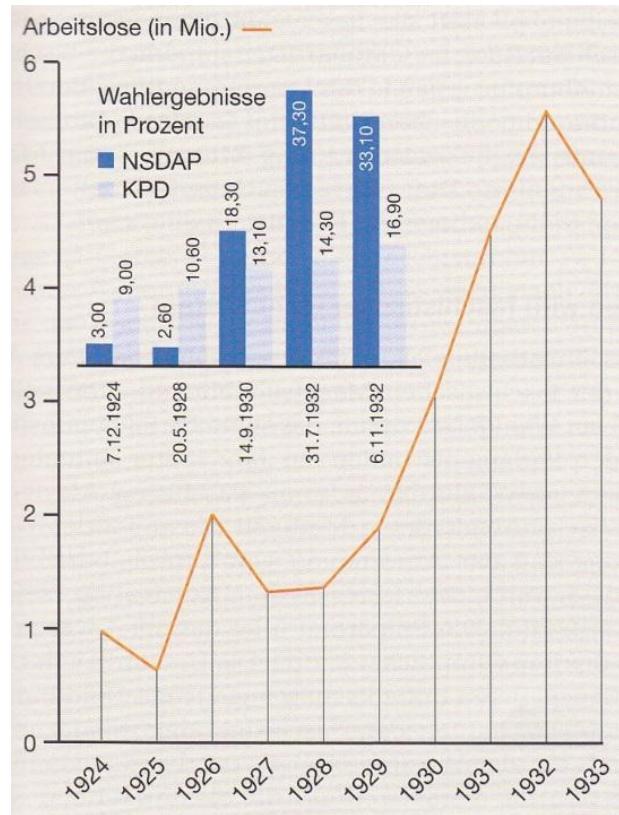


## Zwischenkriegszeit

### Fragestellung 1: Weltwirtschaftskrise (10 Punkte)

Erläutere die wirtschaftlichen und politischen Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Weimarer Republik. Beschreibe und interpretiere dazu auch die u.a. Grafik „Wahlergebnisse von KPD und NSDAP sowie Arbeitslosigkeit zwischen 1924 und 1933“.



### Muster-Beantwortung (150 Wörter)

Die Weltwirtschaftskrise 1929 traf die Weimarer Republik besonders hart, weil Deutschland stark von Auslandskrediten abhängig war. Als die US-Kredite wegfielen, mussten viele Firmen schließen und Banken gingen pleite. Dadurch stieg die Zahl der Arbeitslosen drastisch an. In der nebenstehenden Abbildung ist zu erkennen, dass sich die Zahl der Arbeitslosen bis 1932 auf fast 6 Millionen Menschen erhöhte. Viele Menschen litten unter Hunger, Armut und dem Verlust ihrer Ersparnisse.

Mit der Verschlimmerung der wirtschaftlichen und sozialen Lage wuchs die Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung mit der Regierung und das Vertrauen in die Demokratie schwand. Die Bevölkerung radikalierte sich. Die KPD verzeichnete von 1924-1932 einen Zuwachs von fast 8 Prozentpunkten bei den Wählerstimmen, während vor allem NSDAP besonders stark von der Wirtschaftskrise profitierte. Ihr Wahlergebnis stieg in derselben Zeit um mehr als 30%.

Die Grafik zeigt deutlich: Mit steigender Unzufriedenheit wuchs der Zulauf extremistischer Parteien. Diese Krise führte zu politischer Instabilität die mit dem Kollaps der Weimarer Republik und der Machtübernahme Hitlers 1933 endete.

**Frage 2: Politik und Wirtschaft (10 Punkte)**

Soll ein Staat in Zeiten von Wirtschaftskrisen regulierend eingreifen? Beziehe dich in deiner Analyse auf Wirtschaftskrisen im 21. Jahrhundert.

**Muster-Beantwortung (150 Wörter)**

Die Wirtschaftskrisen des 21. Jahrhunderts – insbesondere die Finanzkrise 2008 und die Corona-Pandemie – haben gezeigt, dass staatliches Eingreifen in Krisenzeiten unverzichtbar ist. In den USA stabilisierte Präsident Obama mit umfassenden Konjunkturprogrammen Banken, Unternehmen und Arbeitsplätze. Auch während der Pandemie wurden Hilfszahlungen und Förderungen bereitgestellt, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern.

Während manche europäische Länder in der Krise vor allem sparen wollten, erwies sich dieser Ansatz als kontraproduktiv: Er schwächte die Wirtschaft und verschärfe soziale Probleme. Staaten wie Deutschland und Österreich, die auf Kurzarbeit, Konjunkturprogramme und Investitionen setzten, kamen deutlich besser durch die Krise als beispielsweise Griechenland oder Spanien.

Diese Erfahrungen verdeutlichen, dass der Staat in wirtschaftlichen Ausnahmesituationen Verantwortung übernehmen muss. Krisen verstärken häufig Unsicherheit, Ängste vor Arbeitsplatzverlust, steigende Lebenshaltungskosten oder das Gefühl, wirtschaftlich abhängig zu sein. Staatliche Maßnahmen können diese subjektiven Sorgen nicht vollständig beseitigen, wodurch populistische Parteien politisches Kapital schlagen können. Durch gezielte, erfolgreiche Eingriffe kann die Politik soziale Ungleichheit verringern, die Wirtschaft stabilisieren und das Vertrauen der Bevölkerung in politische Institutionen stärken oder wiederherstellen.